

25.02.2015  
032b

PRESSEMITTEILUNGEN  
DER DEUTSCHEN  
BISCHOFSKONFERENZ



*Es gilt das gesprochene Wort!*

**Statement**  
**von Erzbischof Dr. Ludwig Schick (Bamberg),**  
**Vorsitzender der Kommission Weltkirche**  
**der Deutschen Bischofskonferenz,**  
**im Pressegespräch „Herausforderungen der Migration in Deutschland“**  
**am 25. Februar 2015 in Hildesheim**  
**zur Frühjahrs-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz**

Im Jahr 2014 ist die Zahl der Menschen, die aus ihrer Heimat flüchten mussten, dramatisch gestiegen. Allein in der ersten Jahreshälfte 2014 mussten sich 5,5 Mio. Menschen auf die Flucht begeben, davon 1,4 Mio. über internationale Grenzen. Die Gesamtzahl der vertriebenen Personen beläuft sich nach Angaben des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) derzeit auf über 50 Mio. Sie sind politisch verfolgt, aus religiösen Gründen oder wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe oder Ethnie vertrieben, Kriegen und Bürgerkriegen entkommen. Ursache für den Anstieg der Flüchtlingszahlen in den letzten Jahren sind vor allem die Kriege im Nahen Osten und in Teilen Afrikas. Ein großer Teil der Flüchtlinge kommt aus Eritrea, Somalia, Afghanistan, Sudan und Südsudan sowie aus der Demokratischen Republik Kongo, aus Nigeria, Myanmar, dem Irak und Syrien. Angesichts der Weltlage wird man nicht davon ausgehen können, dass sich die Situation schon bald stabilisiert. Noch größere Wanderungsströme sind für die nächsten Jahre zu erwarten.

Die meisten Flüchtlinge sind Binnenvertriebene. So suchen zum Beispiel von den rund 10 Mio. geflohenen Syrern mehr als zwei Drittel Schutz im eigenen Land, die übrigen meist in den Nachbarländern Jordanien, Libanon oder der Türkei. Manche dieser Länder sind schon lange an die Grenzen ihrer Aufnahmefähigkeit gekommen. Davon konnte ich mich vor einigen Monaten selbst bei Besuchen von Flüchtlingslagern im Libanon überzeugen. Wir werden weiterhin die dortige Situation beobachten und den leidenden Menschen gegenüber Solidarität bekunden sowie gemeinsam mit der dortigen Ortskirche überlegen, wie wir unsere Hilfe verstärken können.

Kaiserstraße 161  
53113 Bonn

*Postanschrift*  
Postfach 29 62  
53019 Bonn

Tel.: 0228-103 -214  
Fax: 0228-103 -254  
E-Mail: [pressestelle@dbk.de](mailto:pressestelle@dbk.de)  
Home: [www.dbk.de](http://www.dbk.de)

*Herausgeber*  
P. Dr. Hans Langendörfer SJ  
Sekretär der Deutschen  
Bischofskonferenz

Seit Juni 2014 verbreiten die radikalislamischen Kämpfer des „Islamischen Staats“ (IS) im Norden des Irak und in Syrien erbarmungslos Terror und Gewalt. Vor allem Christen, Jesiden und Schiiten sind von großen Vertreibungswellen betroffen. Erst gestern (24. Februar 2015) ging die Nachricht über die Entführung von mindestens 90 assyrischen Christen im Nordosten Syriens durch die internationalen Medien. Hier hat das militärische Eingreifen der USA Ende August 2014 sowie der kurdischen Peschmerga, in jüngerer Zeit auch einiger arabischer Staaten die sunnitischen Dschihadisten des IS zumindest in einigen Gebieten wieder zurückgedrängt. Die Sicherheitslage für die vertriebenen Opfer der Islamisten ist jedoch nach wie vor keineswegs entspannt, denn die Stärke der Radikalislamisten scheint ebenso wenig gebrochen wie ihr kaltblütiger Durchsetzungswille. Die katholischen Bischöfe im Irak befürchten, dass sich schon bald das Zeitfenster schließen könnte, das für eine Rückkehr der christlichen und jesidischen Flüchtlinge in ihre Heimatregionen realistischerweise offen steht.

Angesichts der immer brutaleren Angriffe auf Andersgläubige hat die katholische Kirche in Deutschland wiederholt zur Ausweitung der humanitären Hilfe und zur Solidarität mit den religiösen Minderheiten aufgerufen. Kardinal Marx als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz sowie viele weitere Bischöfe, auch ich selbst als Vorsitzender der Kommission Weltkirche haben in Erklärungen die Übergriffe der Dschihadisten verurteilt und die internationale Gemeinschaft, insbesondere die Bundesregierung und die EU aufgefordert, Druck auf Länder auszuüben, die den IS unterstützen. Wir treten dafür ein, dass die Terroristen zurückgedrängt und ausgeschaltet werden. Einem Aufruf von Papst Franziskus folgend, wurden während der vergangenen Monate in zahlreichen Diözesen Gebetsgottesdienste für die bedrängten und unter Gewalt leidenden Menschen im Irak abgehalten.

Die humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge im Mittleren Osten ist ein Gebot der Stunde, dem sich besonders auch die Kirchen verpflichtet wissen. Vor allem der strenge Winter verschärft die Lage der Betroffenen und die ohnehin trostlosen Lebensverhältnisse. Die katholische Kirche in Deutschland unterstützt seit 2011 die Menschen in Syrien und im Irak: Insgesamt haben Caritas international, Misereor, Missio, das Kindermissionswerk und die Malteser mehr als 30 Mio. Euro ausgegeben, wobei 16 Mio. Euro des Auswärtigen Amtes in diesem Betrag enthalten sind. Die Mittel des Verbandes der Diözesen Deutschlands (VDD) belaufen sich auf 1,1 Mio. Euro. Die Zuwendungen der Diözesen sind nicht genau zu erheben. Da einige Diözesen sehr hohe Summen zur Verfügung gestellt haben, kann man aber von mehreren Millionen Euro ausgehen.

Unsere besondere Sorge gilt natürlich den *Christen* in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, den Ursprungsländern unseres christlichen Glaubens. Viele Christen haben schon ihre Heimat verlassen und sind in die USA, nach Kanada und Australien sowie nach Europa ausgewandert. Zusammen mit den Ortskirchen müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, diesen Exodus zu stoppen und Bedingungen zu schaffen, dass die Menschen in ihren Heimatländern ihren Glauben in Frieden, Freiheit und gegenseitigem Respekt leben können.

Die reiche christliche Kultur des Orients darf nicht ausgelöscht werden. Ihr Verschwinden wäre nicht nur für das weltweite Christentum ein unersetzlicher Verlust, sondern auch für die muslimische Mehrheitsbevölkerung. Viele Länder des Orients haben seit vielen Jahrhunderten ein mehr oder weniger friedliches Zusammenleben der Religionen erlebt. Die Beiträge des Christentums zu vielen nah- und mittelöstlichen Gesellschaften sind teilweise erheblich. Man kann die Frage kaum unterdrücken: Was würde es für das große Projekt des Friedens zwischen den Religionen weltweit und was würde es für das Zusammenleben von Christen und Muslimen in Europa bedeuten, wenn die Christen in der sogenannten „muslimischen Welt“ ihr Heimatrecht verlören?